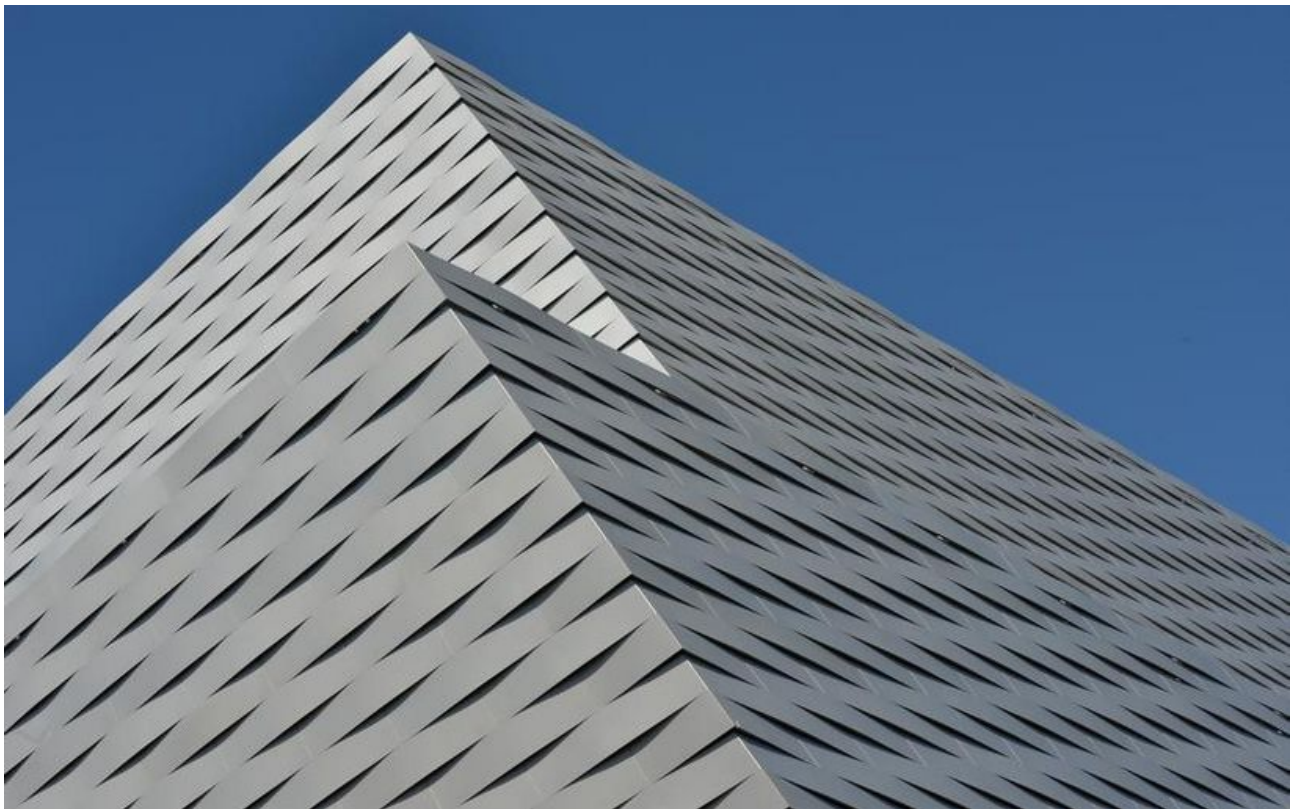


MCH-Aktionäre stimmen Murdoch-Rettungsplan zu

Die Messebetreiberin MCH ist der Sanierung einen Schritt näher gekommen. Eine ausserordentliche Generalversammlung genehmigte am Montag die geplante Kapitalerhöhung und die Wahl des neuen Ankeraktionärs James Murdoch in den Verwaltungsrat.



Gebäudeansicht Messe Basel.

Bild: MCH Group

Das Votum fiel deutlich aus, wie das Unternehmen am Montag nach dem Aktionärstreffen mitteilte. Die Aktionäre, die ihre Stimme wegen Corona schriftlich abgeben mussten, sagten mit über 70 Prozent Ja zur Kapitalerhöhung im Umfang von bis zu 104,5 Millionen Franken.

Klare Mehrheiten gab es auch bei den Ergänzungswahlen für den Verwaltungsrat. So wurden James Murdoch, Sohn des australischen Medienmoguls Rupert Murdoch, Jeffrey Palker und Eleni Lionaki laut den Angaben mit 78 bis 86 Prozent der Stimmen gewählt. Murdoch soll laut dem Rettungsplan über sein Unternehmen Lupa Systems zum neuen grossen Ankeraktionär der MCH Group werden.

Noch deutlicher angenommen wurden gemäss Mitteilung die Statutenänderungen zur künftigen Zusammensetzung des Verwaltungsrats und die Aufhebung der Vinkulierung.

Zwingend erforderlich

Die Coronavirus-Krise machte der MCH Group im laufenden Jahr schwer zu schaffen. Der Messebetreiber erwartet 2020 einen massiven Umsatz- und Gewinneinbruch. Das nun genehmigte Massnahmepaket sei daher zwingend erforderlich gewesen, um die Folgen der Krise zu bewältigen, betonte der Verwaltungsrat im Communiqué. Nun sei der Weg frei zur notwendigen Sanierung und der strategischen Neuausrichtung des Messebetreibers.

Keine Übernahmeofferten

Gegen den Deal mit Murdoch hatte sich im Vorfeld allerdings auch Widerstand formiert. So wehrte sich etwa Erhard Lee vom Zürcher Vermögensverwaltung AMG gegen das Rettungspaket. Lee kontrolliert früheren Angaben zufolge über seine Fondsgesellschaft 9,8 Prozent der MCH-Aktien. Lee hatte zudem eine Einsprache gegen einen Entscheid der Übernahmekommission (UEK) vom 15. Juli eingereicht.

Darin genehmigte die UEK zwei sogenannte «Opting-up-Klauseln». Mit dieser Klausel wollte MCH sicherstellen, dass im Falle eines erfolgreichen Deals keine öffentliche Übernahmeangebote durch die Verschiebungen im Aktionariat gemacht werden müssen.

Die Umschichtungen im Aktienregister könnten nämlich dazu führen, dass die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt von aktuell 33,5 Prozent vorübergehend über 50 Prozent steigt. Damit wäre die öffentliche Hand genauso wie Murdoch bei einem allfälligen Überschreiten der 33,3 Prozent-Schwelle dazu verpflichtet, allen MCH-Aktionären ein öffentliches Übernahmeangebot zu machen.

Gegenstimmen gescheitert

Die nun abgesehenen Massnahmen sind somit als Niederlage für Vermögensverwalter Lee und andere Gegenstimmen zu werten. So reichten Kreise um Lee etwa noch am 31. Juli 2020 einen Zusatzantrag ein. Dieser verlangte die Aufhebung der Vinkulierung ohne Vorbehalt der Zustimmung zu den anderen Traktanden umzusetzen.

«Mit der entsprechenden Weisung an die unabhängige Stimmrechtsvertretung im Falle von Zusatzanträgen von Aktionären ist dieser klar abgelehnt worden», teilte die MCH Group in der Mitteilung nun mit.

Die Mehrheit der Aktionäre habe erkannt, dass dieses Gesamtpaket zur Sicherung der Zukunft des Unternehmens dringend notwendig war, kommentierte der baselstädtische Alt-Regierungsrat und Verwaltungsratspräsident Ulrich Vischer den Ausgang der ausserordentlichen Generalversammlung.

CEO hofft auf Zusammenarbeit mit Kritikern

Die beschlossenen Massnahmen müsse man jetzt ohne weitere Zeitverzögerung umsetzen, ergänzte CEO Bernd Stadlwieser: «Ich würde mich freuen, wenn auch die wenigen Aktionäre, die eine andere Meinung haben, das Ergebnis der ausserordentlichen Generalversammlung respektieren und mit uns nun in die gleiche Richtung arbeiten.»

Damit spielt Stadlwieser auf die Kritik der Gegenseite an. Im Vorfeld hatte etwa Vermögensverwalter Lee gegenüber der Nachrichtenagentur AWP betont, dass er von der geplanten Kapitalerhöhung und dem Deal mit Murdoch nicht viel halte: «Der Verwaltungsrat weigert sich in nicht nachvollziehbarer Weise, andere Lösungen, darunter eine schweizerische, ernsthaft zu diskutieren», sagte Lee. Der Verwaltungsrat wolle offensichtlich «mit allen Mitteln» eine Lösung erzwingen, die wenigen nütze und vielen schade. (awp/sda)

Publiziert am Montag, 03. August 2020